

Elefant gibt sich als Pony

Kanzleramt gibt zu: Auch der BND spionierte Freunde und Verbündete aus

So wie die NSA hat offenbar auch der BND die Kommunikation befreundeter EU-Staaten ausgespäht. Ein Staatssekretär im Kanzleramt musste die Hosen runterlassen. Vorerst ein klein wenig.

Von René Heilig

Der Bundesnachrichtendienst hat zumindest bis zum Herbst 2013 Freunde und Verbündete ausspioniert. Man kümmerte sich um Botschaften und Behörden von EU-Ländern ebenso wie um Einrichtungen in weiteren Partnerstaaten. Darüber hat der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Klaus-Dieter Fritsche am Mittwochabend das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags informieren müssen. Das zuständige Kanzleramt versuchte auf diese Weise die Flucht nach vorne.

Was sollte die Regierung auch anderes tun? Schließlich war die Tatsache in vielen Sitzungen des NSA-Untersuchungsausschusses zu mehr als nur einem Verdacht gereift. Auch wenn Mitarbeiter des deutschen Auslandsgeheimdienstes als Zeugen – neben üblichen Ungereimtheiten und Gedächtnislücken – den Versuch unternommen haben, ihren BND als »Pony« darzustellen, das quasi vom übermächtigen »Elefanten« NSA dominiert wird – klein, träge und fußlahm war das deutsche Tierchen nicht.

Anfangs wurde im Ausschuss vor allem über Selektoren der NSA geredet, die dem BND übergeben worden sind, auf dass der diese Suchbegriffe in seine Abhörkanäle einbaut. Um dann die Treffer an den US-Dienst zu liefern. Bei den BND-internen Prüfungen im August 2013 seien dann einem einfachen Unterabteilungsleiter der Abteilung Technische Aufklärung Tausende Selektoren aufgefallen, die gegen Verbündete gerichtet gewesen seien. Man durchforstete die Datenbanken erstmals intensiver und deaktivierte die entsprechenden Suchbegriffe der NSA. Es soll sich um nahezu 40 000 Selektoren gehandelt haben. Deren Löschung geschah, ohne dass die Führung des eigenen Geheimdienstes etwas von diesem besonderen Vorkommnis erfuhr. Heißt es.

Man kann das glauben – wenn man naiv ist. Auf keinen Fall will die Bun-

desregierung diese Selektoren jedoch dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorlegen. Weshalb sie einen früheren Bundesverwaltungsrichter namens Kurt Graulich beauftragte, die Listen durchzusehen, um den Abgeordneten Ende Oktober einen Bericht vorzulegen. Gegen die Verweigerung der Bundesregierung, die Selektoren den Parlamentariern zugänglich zu machen, haben LINKE und Grüne Mitte September beim Bundesverfassungsgericht ein Organstreitverfahren angestrengt.

Doch es geht schon lange nicht mehr nur um die Suchbegriffe der NSA. Nach und nach wurde bei den Zeugenbefragungen klar, dass der BND effektive Selektoren des US-Partners einfach kopierte und zu eigenen Zwecken »scharf stellte«. Und zudem zahlreiche eigene für die eigenen Datenbanken kreierte. Hartnäckige Nachfragen von der LINKEN, Grünen und auch von der SPD hoben eine weitere Löschaktion im Herbst 2013 aus dem gewollten Behördenvergangen. Die geht angeblich auf eine Art Erlass des BND-Präsidenten zurück und betraf nicht mehr die NSA- sondern die BND-eigenen Suchbegriffe. Plötzlich sollten NATO- und EU-Einrichtungen geschützt werden, erinnerte sich der Chef Technische Aufklärung des BND, General Hartmut Pauland. Ihm war bis dahin wie anderen BND-Chefs durchaus bewusst, dass »wir Freunde« abhören«. Warum auch nicht? Das BND-Gesetz verbietet dem Nachrichtendienst nicht die Spionage in EU-Europa oder in den USA. Etwas anderes ist freilich die innen- und außenpolitische Opportunität solchen Tuns.

Als BND-Chef Gerhard Schindler im vergangenen Sommer vor dem NSA-Untersuchungsausschuss Zeugnis ablegen musste, gab er mehrfach und deutlich zu verstehen, dass der BND trotz aller internationalen Zusammenarbeit »für Deutschland arbeitet« und »deutschen Interessen« folgt. Schindler betonte auch dass der BND

dabei »ein Recht auf klare Vorgaben« habe. Man müsse wissen, »was gewollt ist und was nicht«.

Wenn man sich den Zeitraum der zweiten Löschaktion beim BND anschaut, wird klar, was da plötzlich nicht (mehr) gewollt war. »Abhören unter Freunden, das geht gar nicht«, hatte gerade die empörte Angela Merkel verkündet, nachdem klar geworden war, dass die NSA auch ihr Kanzlerhandy abgehört hatte.

Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) für die Nachrichtendienste will nun eine »Task Force« in die BND-Zentrale nach Pullach entsenden. Man sollte nicht allzu viele Hoffnungen hegen, dass dem rückhaltlose Aufklärung folgt. Immerhin jedoch hat das für die Aufsicht des BND zuständige Kanzleramt jetzt ein mächtiges Problem. Dessen Chef Peter Altmaier (CDU) hatte mit Hinweis auf vertragliche Vereinbarungen mit den USA immer wieder betont, dass die von US-Diensten stammenden Selektoren dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem NSA-Untersuchungsausschuss nicht

vorgelegt werden könnten, solange Washington dazu kein Okay gibt. Ganz anders ist das freilich mit den BND-eigenen Suchkriterien. Da kann das Kanzleramt

vielleicht noch geltend machen, dass die nicht Untersuchungsgegenstand des NSA-Ausschusses sind. Doch dem Parlamentarischen Kontrollgremium muss man nun wohl mehr vorlegen als die Bestätigung dessen, was eigentlich jedes seiner Mitglieder schon lange klar ist.

Am Donnerstagabend wollte sich das PKGr erneut treffen, um die Aufgaben der Task Force näher zu bestimmen. Im BND müssten nun endlich auch personelle Konsequenzen gezogen werden, forderte der Chef des Gremiums, André Hahn (Linksfraktion). Immerhin habe man die Kanzlerin »voll ins Messer laufen lassen, als die sich gegen Spionage unter Freunden aussprach. Spätestens da hätte der

BND klar bekennen müssen: Was die NSA da tut, machen wir auch. Hahn wollte auch personelle Konsequenzen im Kanzleramt nicht ausschließen, von diesem sei das zuständige parlamentarische Kontrollgremium schließlich seit zwei Jahren im Unklaren gelassen worden. Noch immer kenne man den aktuellen Auftrag des BND nicht und könne so folglich gar nicht beurteilen, wie rechtstreu der Geheimdienst seine Arbeit gestaltet,